

**Bericht über die Prüfung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Vöhringen für das Haushaltsjahr 2025**

Die in der Stadtratssitzung vom 26.02.2025 beschlossene Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 wurden in rechnerischer, förmlicher und sachlicher Hinsicht überprüft. Dabei wurden folgende Feststellungen getroffen:

**1. Zu § 1 der Haushaltssatzung:**

Der Haushaltsplan ist in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben betragen im Verwaltungshaushalt 50.271.970 € und im Vermögenshaushalt 19.229.230 €. Die Sonderhaushalte für die Uli-Wieland-Stiftung und die Familie Kreisl-Stiftung schließen in den Einnahmen und Ausgaben mit je 310 € bzw. 1.000 € ab.

**2. Zu § 2 der Haushaltssatzung:**

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 7.720.400 € festgesetzt. Er bedarf der Genehmigung nach Art. 71 Abs. 2 GO.

**3. Zu § 3 der Haushaltssatzung:**

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt wurden nicht festgesetzt.

**4. Zu § 4 der Haushaltssatzung:**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wurde auf 4.000.000,00 € festgesetzt. Er übersteigt nicht ein Sechstel der im Verwaltungshaushalt veranschlagten Einnahmen.

**5. Zu § 5 der Haushaltssatzung:**

Inkrafttreten der Haushaltssatzung: 01. Januar 2025

**6. Weitere Prüfungsbemerkungen:**

- 6.1 Nach der Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit stellt sich die finanzielle Lage der Stadt für die Jahre 2025 bis 2028 wie folgt dar:

Jahr	2025	2026	2027	2028
Zuführung zum Vermögenshaushalt	0	0	0	0
Zuführung zum Vermögenshaushalt Sonderrücklagen	0	0	0	0
Zuführung vom Vermögenshaushalt	4.312	442	1.489	1.352
Ordentliche Tilgungen	929	930	930	930
Rückflüsse von Darlehen	6	6	6	6
Investitionspauschalen	200	200	200	200
Bereinigtes Ergebnis	-5.035	-1.146	-2.193	-2.056

Im Haushalt ist eine Kreditermächtigung in Höhe von 7.720.400 € vorgesehen, die einer Genehmigung bedarf. Diese soll unter dem Gesichtspunkt einer geordneten Haushaltswirtschaft erteilt oder versagt werden; sie kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden. Sie ist in der Regel zu versagen, wenn die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht im Einklang stehen (Art. 71 Abs. 2 Sätze 2 und 3 GO).

Die dauernde Leistungsfähigkeit einer Gemeinde kann als gesichert angesehen werden, wenn sie voraussichtlich in der Lage ist, ihren bestehenden Ausgabeverpflichtungen nachzukommen, ihr Vermögen pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und die Finanzierungskosten und Folgekosten bevorstehender notwendiger Investitionen zu tragen. Investitionslasten, die zwangsläufig in späteren Jahren auf die Gemeinde zukommen, sind zu berücksichtigen.

An die Erteilung der Haushaltsgenehmigung sind demnach besonders strenge Maßstäbe zugrunde zu legen, wenn die Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt nicht so hoch ist, dass damit die ordentliche Tilgung von Krediten nicht gedeckt werden kann.

Wesentliche Anhaltspunkte für die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit sind u.a. die Höhe der Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt, die Belastungen aus vorhandenen Schulden, der Rücklagenbestand und die künftige Entwicklung, wie sie sich vor allem aus dem Finanzplan und dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm ergibt.

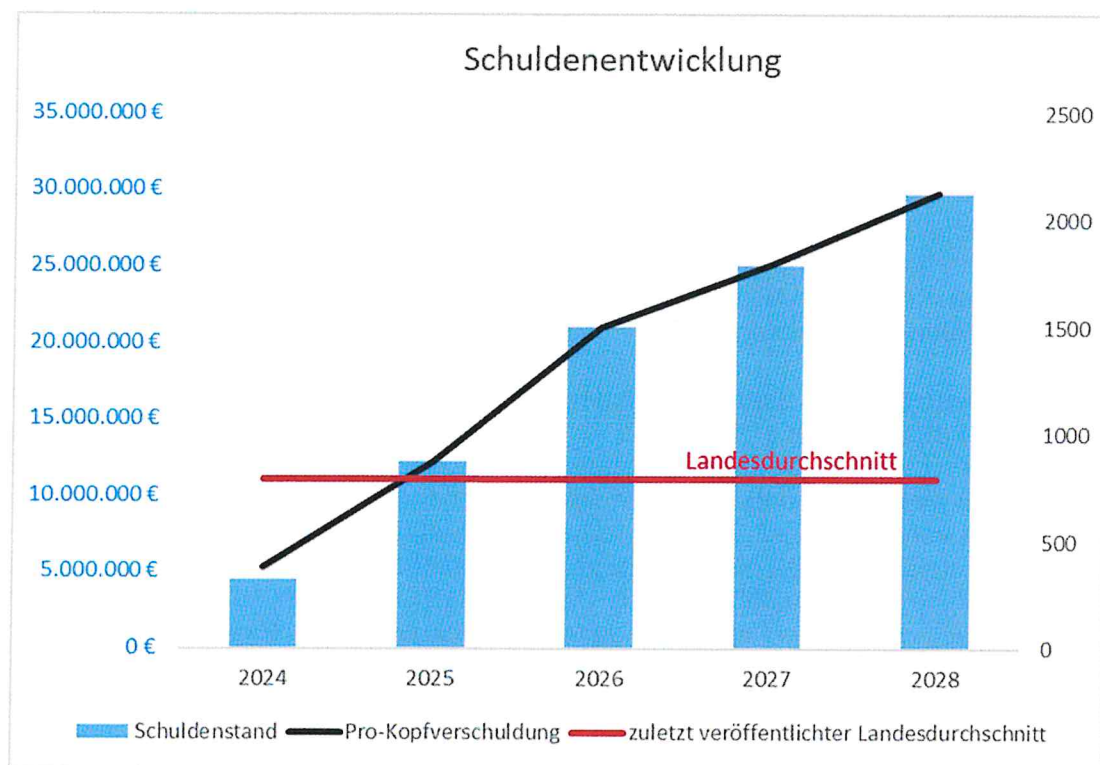
Nach § 22 Abs. 1 Satz 2 KommHV-Kameralistik muss die Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt mindestens so hoch sein, dass damit die ordentliche Tilgung von Krediten gedeckt werden kann, soweit dafür keine Einnahmen nach § 1 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4 zur Verfügung stehen.

Heuer und im gesamten Finanzplanungszeitraum muss der Verwaltungshaushalt jedoch – entgegen § 22 Abs. 1 KommHV-Kameralistik – durch Zuführungen vom Vermögenshaushalt ausgeglichen werden. In der Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit werden, wie oben bereits ausgeführt wurde, für den gesamten Finanzplanungszeitraum negative bereinigte Ergebnisse ausgewiesen.

Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt ist stark von der Gewerbesteuer abhängig. Eine hohe Gewerbesteuererinnahme führt aufgrund der Haushaltssystematik des Finanzausgleichs im Abstand von zwei Jahren zu einer hö-

heren Kreisumlage. Heuer und nächstes Jahr (und eventuell auch übernächstes Jahr) machen sich bei der Stadt die Auswirkungen des kommunalen Finanzausgleichs bemerkbar. Denn die Stadt konnte in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 hohe Gewerbesteuerereinnahmen (im Jahr 2023 rund 25,75 Mio. € und im Jahr 2024 rund 14,7 Mio. €) verzeichnen, während sie für heuer und für nächstes Jahr deutlich geringere Gewerbesteuerereinnahmen in Höhe von 15 Mio. € bzw. 11,5 Mio. € erwartet. Gleichzeitig führen die hohen Steuereinnahmen zwei Jahre später zu einer höheren Kreisumlage.

Nach der Finanzplanung sind im Finanzplanungszeitraum neben der für heuer geplanten Kreditaufnahme in Höhe von 7.720.400 € weitere Kreditaufnahmen in Höhe von 9.744.000 € (Jahr 2026), 5.000.000 € (Jahr 2027) und 5.607.000 € (Jahr 2028) geplant. Damit würde der Schuldenstand der Stadt unter Berücksichtigung der geplanten Tilgungsleistungen zum 31.12.2025 dann voraussichtlich einen Stand von 12.173.843 € (Pro-Kopfverschuldung von 869,75 € bei Zugrundelegung der zuletzt für die Stadt Vöhringen zuletzt veröffentlichten Einwohnerzahl von 13.997) erreichen. Der Landesdurchschnitt für Gemeinden vergleichbarer Größenordnung lag im Jahr 2023 bei 791 €/Einwohner. Zum 31.12.2026 würde der Schuldenstand nach der städtischen Finanzplanung voraussichtlich 20.987.843 € (1.499,45 €/Einwohner) betragen, um dann bis zum 31.12.2027 auf 25.057.843 € (1.790,23 €/Einwohner) zu steigen. Ein neuer Höchststand würde dann am Ende des Finanzplanungszeitraums (31.12.2028) mit 29.734.843 € (2.124,37 €/Einwohner) erreicht werden. Er würde dann um 1.333,37 €/Einwohner oder rund 169 % über dem zuletzt veröffentlichten Landesdurchschnitt für Gemeinden vergleichbarer Größenordnung liegen. Die folgende Grafik soll die Schuldenentwicklung des städtischen Haushaltes für die Jahre 2025 bis 2028 veranschaulichen:





Der geplante sehr hohe Schuldenstand wird den städtischen Haushalt künftig also sehr stark belasten. Es müssten also allein schon aufgrund der höheren Zinsbelastung immer höhere Zuführungen erwirtschaftet werden, um die gesetzliche Mindestzuführung (ordentliche Tilgungsausgaben) zu erreichen.

In diesem Zusammenhang weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass weitere Kreditaufnahmen auf ein unbedingt notwendiges Maß zu beschränken sind. Zudem ist es unerlässlich, dass die Stadt ihre Einnahmemöglichkeiten konsequent nutzt und angedachte Ausgaben kritisch auf deren Notwendigkeit überprüft werden, wobei insbesondere bei den Ausgaben für freiwillige Aufgaben ein strenger Maßstab anzulegen wäre.

Der Rücklagenbestand zum 31.12.2025 wird, da heuer eine Rücklagenentnahme in Höhe von 4.311.630 € geplant ist, nach den Planansätzen voraussichtlich nur noch 988.516 € (ohne Bausparvertrag) betragen. Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestrücklage (rund 477.000 €) wird damit noch überschritten. Nächstes Jahr ist jedoch eine weitere Rücklagenentnahme in Höhe von 442.000 € vorgesehen, so dass der Stand der allgemeinen Rücklage auf 546.516 € sinken würde. Dies bedeutet, dass unter Berücksichtigung der derzeit erforderlichen Mindestrücklage von ca. 477.000 € nahezu keine freie Rücklage bestehen würde. Eine Deckung von Fehlbeträgen durch eine entsprechende Rücklagenentnahme wäre daher nicht mehr möglich.

Für das laufende Haushaltsjahr 2025 ist, da heuer der Fehlbetrag durch eine Rücklagenentnahme ausgeglichen werden kann, die dauernde Leistungsfähigkeit (noch) gegeben. Die Genehmigung für die heuer geplante Kreditaufnahme in Höhe von 7.720.400 € kann daher erteilt werden.

Es wird jedoch ausdrücklich darauf hinzuweisen sein, dass hieraus nicht geschlossen werden kann, dass auch künftige Kreditgenehmigungen erteilt werden. Weitere Kreditaufnahmen können nur im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben genehmigt werden. Maßgebend ist hier die künftige Entwicklung und Bewertung der dauernden Leistungsfähigkeit. Es muss also insbesondere sichergestellt sein, dass die Gemeinde ihren Kreditverpflichtungen durch entsprechende Einnahmen des Verwaltungshaushaltes auch nachkommen kann. Es ist daher unerlässlich, dass die Gemeinde ihre Einnahmemöglichkeiten konsequent nutzt und angedachte Ausgaben kritisch auf deren Notwendigkeit überprüft. Ziel muss es sein die Tilgungen aus den laufenden Einnahmen zu decken.

In den nächsten Jahren, in denen die erforderliche Mindestzuführung jeweils auch nicht ansatzweise erreicht wird, sehen wir die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt äußerst kritisch. Besorgniserregend ist vor allem, dass auch in den Jahren 2026 bis 2028 eine Zuführung vom Vermögenshaushalt zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts vorgesehen ist. Die Finanzlage der Stadt ist demnach als schwierig einzustufen. Um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt zu erhalten und die stetige Aufgabenerfüllung sicherzustellen, muss der Kreditbedarf in den kommenden Jahren daher unbedingt reduziert werden. Weitere Kreditaufnahmen, wie sie in den Jahren 2026 bis 2028 vorgesehen sind, sind bei einer Haushaltssituation, wie sie sich nach derzeitigen städtischen Finanzplanung ergeben würde, nicht mehr zulässig und können daher rechtsaufsichtlich nicht genehmigt werden.

Nach den Grundsätzen der Einnahmehbeschaffung ist die Stadt verpflichtet, ihre Einnahmen vorrangig aus besonderen Entgelten, für die von ihr erbrachten Leistungen zu generieren und im Übrigen aus Steuern zu beschaffen, soweit die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen (Art. 62 Abs. 2 GO). Kredite darf eine Gemeinde nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre (Art. 62 Abs. 3 GO). Nach der vorgelegten Haushaltsplanung beabsichtigt die Stadt u.a. erhebliche Beträge für die sonstigen Einrichtungen einzusetzen, bei denen zwar eine volle Kostendeckung regelmäßig nicht erzielt werden kann, aber dennoch auf einen angemessenen Kostendeckungsgrad geachtet werden sollte. Auch wenn sich erfahrungsgemäß nicht bei allen Einrichtungen eine Kostendeckung erzielen lässt, sollte trotzdem in vertretbaren Grenzen auf einen angemessenen Kostendeckungsgrad geachtet werden, um die Zuschussbeträge aus dem allgemeinen Haushalt zu begrenzen. So plant die Stadt den Betrieb der Stadtbücherei (geplanter Fehlbetrag in Höhe von 104.100 €), des Jugendhauses (geplanter Fehlbetrag in Höhe von 238.800 €), des Kulturzentrums „Wolfgang-Eychmüller-Haus“ (geplanter Fehlbetrag in Höhe von 1.026.650 €) und des Josef-Cardijn-Hauses (geplanter Fehlbetrag in Höhe von 50.210 €) mit insgesamt rund 1,42 Mio. € zu bezuschussen. Weiterhin plant die Stadt u.a. für die städtischen als auch für die durch Träger betriebenen Kindertageseinrichtungen annähernd 5,5 Mio. € aus allgemeinen Haushaltsmitteln aufzuwenden.

Welche konkreten Maßnahmen zum Erhalt bzw. Verbesserung der dauernden Leistungsfähigkeit ergriffen werden, obliegt letztendlich jedoch dem Ermessen der Stadt.

- 6.2 Bei der Abwasserbeseitigung endet zum 31.12.2025 der aktuelle Kalkulationszeitraum. Die Gebühren für diese Einrichtung wären deshalb heuer so rechtzeitig neu zu kalkulieren, dass ein nahtloser Übergang zum nächsten Kalkulationszeitraum gewährleistet ist.

Neu-Ulm, den 17.03.2025



Maier

